

Die Zeitung der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

PAULA

NO 4

SPD
FRAKTION
HAMBURG



HAMBURG 2030: WELTSTADT IM WANDEL — 04

Abbildung: Shutterstock.com/Sina Ettmer Photography

WAS TUN GEGEN RECHTS? — 12

Ein deutsch-iranischer Politiker trifft auf einen Ex-Nazi.
Ein Gespräch über Radikalisierung, Extremismus
und Diskriminierungserfahrungen.

DIE STADT DER GUTEN ARBEIT — 08

Demographischer Wandel, Digitalisierung, Migration und
Klimaschutz: Wie Hamburg sich den großen Herausfor-
derungen stellt und seine Chancen nutzt.

DREIMAL MEHR FÜR DIE PFLEGE — 13

Ein Plädoyer für mehr Attraktivität, zusätzlichen
Nachwuchs und neue Fachkräfte im Pflegeberuf.

Moin Hamburg,

vielen Dank für Ihr Interesse an der PAULA, der Zeitung der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Wir leben in sehr herausfordernden Zeiten: die Folgen des Krieges in der Ukraine für Europa, die Bedrohung Israels und die vielen unschuldigen Opfer in der Nahost-Region, der notwendige Umbau unserer Wirtschaft zur Klimaneutralität, politischer Streit in Berlin.

In diesem eher schwierigen Umfeld tun wir zusammen mit dem von Peter Tschentscher geführten Senat alles dafür, dass Hamburg gut durch diese Zeit kommt. Dabei gilt es, neben der Krisenbewältigung, die Weichen für eine gute Zukunft unserer Stadt zu stellen und Hamburg als soziale, klimaneutrale, innovative und weltoffene Metropole für alle konkret weiterzuentwickeln. Das ist unser Angebot als SPD-Fraktion. Wir wollen die Stadt gemeinsam mit den Hamburgerinnen und Hamburgern gestalten und voranbringen.

Dazu haben wir eine Reihe von Zukunftsprojekten angestoßen, die Hamburg in den kommenden Jahrzehnten prägen werden. Wir kämpfen an der Seite der Gewerkschaften für

eine Stadt der guten Arbeit und setzen uns für die ökonomische und nachhaltige Transformation der Wirtschaft ein. Wir fördern aktiv unseren modernen und bald klimaneutralen Hafen. Wir investieren Rekordsummen in frühkindliche Bildung und Betreuung und in moderne Schulen. Den größten Schnellbahnausbau der letzten Jahrzehnte treiben wir voran. Mit der Verfassungsänderung im letzten Jahr haben wir die wichtigsten Grundsätze des staatlichen Handelns in Hamburg erweitert: Kinderrechte, das Schaffen bezahlbaren Wohnraums sowie der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind nun als Staatsziele Teil der Präambel unserer Hamburgischen Verfassung. Dies und mehr lesen Sie in dieser Ausgabe der PAULA.

In unserer täglichen Arbeit in der Hamburgischen Bürgerschaft ist uns eines besonders wichtig: Wir machen Politik für alle Menschen und alle Stadtteile in Hamburg. Als Sozialdemokrat:innen in der Bürgerschaft, der Herzkammer der Hamburgischen Demokratie, setzen wir uns auch in Zukunft für eine gerechte

Teilhabe aller Menschen in unserer Stadt ein. Wir entwickeln Hamburg weiter und denken bei allen Entscheidungen die sozialen Fragen mit. Wir lassen niemanden zurück. Dieser Anspruch einer modernen Großstadtpartei, die konkretes Handeln und nicht Symbole in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, ist das Leitbild unserer täglichen Parlamentsarbeit.

Lassen Sie uns Hamburg gemeinsam voranbringen. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Ihr Dirk Kienscherf
Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft



Neues vom Bürgerschaftsparkett

Die SPD stellt mit 53 Abgeordneten die größte Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Alle zwei Wochen kommt das Parlament zusammen und bewegt mit den Stimmen der Regierungskoalition große und kleine Vorhaben, die Hamburg nach vorne bringen.



SELBSTBESTIMMT INS HOHE ALTER

Für viele Menschen ist es ein Herzenswunsch, in den eigenen vier Wänden alt zu werden. Damit ältere und eingeschränkte Menschen sicher und unabhängig in ihrer vertrauten Umgebung leben können, hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für den Einbau von sogenannten AAL-Systemen in Privathaushalten zu prüfen. Diese alltagstauglichen Assistenzsysteme können etwa mit automatischer Wohnungssicherung, ferngesteuerten Medikamentenboxen oder Betten mit Aufstehhilfe einen wichtigen Beitrag für einen barrierefreien und selbstbestimmten Alltag leisten. Sie verfügen über eine einfache und intuitive Handhabung und werden an individuelle Bedürfnisse angepasst, sodass sie keine technische Herausforderung darstellen. Künftig sollen die großen Potentiale und Anforderungen von AAL-Systemen schon beim Bau von altersgerechten Wohnungen berücksichtigt werden. So sind diese leichter einbaubar und können vielen Menschen helfen, ein unabhängiges Leben zu führen.



EIN WAHRZEICHEN AM BORNPLATZ

Vor mehr als 100 Jahren war die Errichtung der Bornplatzsynagoge ein Zeichen der Gleichberechtigung des jüdischen Glaubens in Hamburg. Ihre Schändung in der Reichspogromnacht 1938 war ein widerwärtiger Angriff der Nationalsozialisten auf die Verankerung des Judentums in der Hamburger Stadtgesellschaft. Die Jüdische Gemeinde musste das

Grundstück nach einem von den Nationalsozialisten erzwungenen Abriss, dessen Kosten sie selbst zu tragen hatte, schließlich für einen vergleichsweise geringen Betrag an die Stadt veräußern. Dieses Unrecht wurde auch nach dem Ende der Nazi-Diktatur nicht korrigiert. Auf Initiative der demokratischen Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft geht der ehemalige und zukünftige Standort der Bornplatzsynagoge nun fast ein Jahrhundert nach der Zerstörung des Gotteshauses zurück in den Besitz der jüdischen Gemeinde. Der Beschluss legt einen wichtigen Grundstein für die Wiedererrichtung der Synagoge auf dem heutigen Joseph-Carlebach-Platz. Mit dem Neubau wird ein offener Ort für Gebete, Feste und Begegnungen sowie ein neues Wahrzeichen im Herzen Hamburgs geschaffen. Gleichzeitig setzt der Bau ein starkes Zeichen gegen Antisemitismus, Hass und Ausgrenzung.



WENIGER BÜRO- KRATIE, MEHR WIRTSCHAFT

Mithilfe eines breiten Dialogs mit Hamburger Wirtschaft, Kammern und Verbänden sollen künftig konkrete Maßnahmen zur bürokratischen Entlastung verschiedener Branchen erarbeitet werden. Mittelstand und Handwerk sind mit einer jährlichen Wertschöpfung von mehr als 53 Milliarden Euro wichtige Säulen der Hamburger Wirtschaft – sie sind jedoch auf einen robusten Wirtschaftsstandort Hamburg angewiesen. Künftig sollen Vorschläge gesammelt werden, wie bürokratische Regeln auf Bundes- und Europaebene vereinfacht werden können. Zudem werden bestehende Regeln bei Einführung neuer bürokratischer Vorschriften nach dem ‚one in – one out‘-Prinzip auf ihre Zweckmäßigkeit geprüft und gegebenenfalls gestrichen. Auf diese Weise wird die Wirtschaft aktiv in den von der SPD ange-

stoßenen Entbürokratisierungsprozess eingebunden und kann Maßnahmen erarbeiten, die die städtische Digitalisierungsstrategie und bereits etablierte Maßnahmen für weniger Bürokratie unterstützen.



MIETWOHNUNG BLEIBT MIETWOHNUNG

Bezahlbares Wohnen ist eine zentrale soziale Frage. Die Regierungskoalition hat deshalb den seit 2015 ununterbrochen gültigen Umwandlungsschutz von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit Sozialer Erhaltungsverordnung gestärkt und verlängert diesen um weitere fünf Jahre. Mit Sozialen Erhaltungsverordnungen werden Gebiete in Hamburg geschützt, die besonders nachgefragt sind und für die Gutachter:innen einen deutlichen Aufwertungsdruck festgestellt haben. In geschützten Gebieten müssen einige bauliche Maßnahmen gesondert genehmigt werden. So werden Luxusmodernisierungen, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und spekulative Verkäufe kompletter Wohngebäude verhindert. Das zuständige Bezirksamt prüft, ob sich beantragte Maßnahmen negativ auf die Zusammensetzung der Bevölkerung auswirken. Zusammen mit derzeit 15 Sozialen Erhaltungsverordnungen, abgesenkten Kappungsgrenzen und einer Mietpreisbremse für Neuvermietungen nutzt der SPD-geführte Senat in Hamburg konsequent alle Möglichkeiten, um bezahlbare Mieten sicherzustellen. Mit der nahtlosen Verlängerung des Umwandlungsschutzes in den Gebieten der Sozialen Erhaltungsverordnung sind tausende Mieter:innen von Eimsbüttel über St. Pauli bis nach Eilbek auch weiterhin bis mindestens Ende 2029 vor der Verdrängung aus ihren Wohnungen geschützt. Damit wird der Wohnraumspekulation in Hamburg ein weiterer Riegel vorgeschoben.

HAMBURG 2030: WELTSTADT IM WANDEL

Im Februar 2020 setzten die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft ein Zeichen für eine Zeitenwende und erhoben den Klimaschutz zum Staatsziel der Hansestadt. Die bald darauf folgende Corona-Pandemie und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges offenbarten weitere Herausforderungen: Der steigende Bedarf an Energie, die Transformation der Industrie und veränderte Mobilitätsbedürfnisse werden Hamburg auf Jahre beschäftigen. Im Jahrzehnt des Wandels treibt die SPD als Regierungspartei eine Reihe an Projekten voran, die die Metropole an der Elbe fit für die Zukunft machen.

DER WEG ZUR KLIMANEUTRALEN STADT

Hamburg will bis 2045 klimaneutral werden. Bis 2030 soll der CO₂-Ausstoß um 70 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken. Das bedeutet im Kern, den CO₂-Ausstoß in der Stadt zu reduzieren und die verbleibenden Emissionen, die etwa durch Industrie oder Straßenverkehr entstehen, durch Technologien auszugleichen.

Die öffentlichen Unternehmen gehen dabei voran. Ein Beispiel: Der Hamburger Flughafen. Bereits seit 2021 wird Deutschlands fünftgrößtem Airport die CO₂-Neutralität bescheinigt. Jede Tonne CO₂ wird kompensiert, etwa durch Baumpflanzungen im Umland. Spätestens ab 2035 soll der fossile CO₂-Ausstoß beim Betrieb der Flughafengebäude, -anlagen und -fahrzeuge durch technische Umstellungen und Energie-Einsparungen schrittweise auf null reduziert werden. Mit Maßnahmen wie diesen leistet Hamburg seinen Beitrag zum weltweiten Erreichen der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und zur Begrenzung der Erderwärmung.



Für Alexander Mohrenberg, klimapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Hamburg, nimmt das Thema aktuell deutlich Fahrt auf. „Es ist gut, dass der Erste Bürgermeister den Prozess zur Umsetzung der klimapolitischen Ziele entschlossen vorantreibt.“, betont der Bürgerschaftsabgeordnete die aktive Rolle von Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher beim Klimaschutz. Dabei müsse man insbesondere die soziale Frage immer im Blick behalten und dafür sorgen, dass alle mitgenommen, Kosten gerecht verteilt und Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. „Das alles haben der Erste Bürgermeister und die SPD-Fraktion fest im Blick“, so Mohrenberg.

Der Fokus der SPD in Bürgerschaft und Senat liegt dabei nicht auf abstrakten Zieldebatten, sondern auf konkretem Klimaschutz. Von Anfang an setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, mit Hamburgs ehrgeizigen Klimaschutzplänen nicht nur Ziele vorzugeben, sondern auch konkrete Maßnahmen zu benennen. Konkret heißt das: Mehr als 400 Maßnahmen aus den Bereichen Städtebau, Energie, Wirtschaft und Verkehr sind im Hamburger Klimaplan und seiner neuesten Fortschreibung in 2023 festgelegt. Sie werden den CO₂-Ausstoß in Hamburg in den nächsten Jahrzehnten weiter deutlich reduzieren und ein neues Klimaschutzgesetz schreibt diesen Weg noch verbindlicher fest.

EINE MODERNE ENERGIEVERSORGUNG

Als das Kohlekraftwerk Moorburg 2021 außer Betrieb ging, folgte auch dies einem klaren Plan. Dort entsteht nun, mitten im Hamburger Hafen, Norddeutschlands erster Wasserstoffelektrolyseur – eine Anlage zur Erzeugung klimafreundlichen Wasserstoffs. Klimafreundlich ist der Brennstoff deshalb, weil die Energie zu seiner Erzeugung komplett aus erneuerbaren Energien gewonnen werden soll und bei seiner Verbrennung reiner Wasserdampf entsteht. Nutzen sollen die klimafreundliche Energie vor allem Industrie und Wirtschaft – auch andere Anwendungsbereiche, etwa im Verkehrsbereich, sind denkbar. Eine Chance, die Hamburgs Erster Bürgermeister von Anfang an vorangetrieben hat. Geht es nach Tschentscher, wird Hamburg in den nächsten Jahrzehnten eine europaweit führende Rolle für den Import und die Verteilung von sogenanntem „grünen“ Wasserstoff einnehmen. Erste Vereinbarungen zum Handel mit dem klimafreundlichen Kraftstoff hat der Bürgermeister bereits auf seiner Lateinamerikareise Ende 2022 geschlossen. „Grüner Wasserstoff ist ein zentraler Energieträger der Energiewende und ein wichtiges Zukunftsfeld für unsere Wirtschaft und Industrie“, erklärte Tschentscher im Anschluss an die Reise.

Auch beim Fernwärmenetz läuft der Umbau auf klimafreundliche Energie auf Hochtouren. Bis spätestens 2030 steigt Hamburg bei der Fernwärme aus der Kohle aus. Dafür werden in den Energieparks „Hafen“ und „Tiefstack“ künftig erneuerbare Energien, Abwärme aus der Industrie und regeneratives Gas kombiniert. Martina Koeppen, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, betont den enormen Maßstab dieses Umbaus: „In nicht einmal zehn Jahren sollen so mehr als 500.000 Haushalte in Hamburg mit klimafreundlicher Wärme versorgt werden. So werden gleich

zwei Ziele erreicht: Klimaschutz und eine größere Unabhängigkeit von Erdgasimporten aus anderen Ländern.“

SMART CITY

Nicht nur beim Klimaschutz geht Hamburg voran. Längst ist die Hansestadt die smarteste Großstadt Deutschlands – nirgendwo in der Republik ist die Digitalisierung so weit fortgeschritten. Der Branchenverband der Digitalwirtschaft Bitkom hat die Hansestadt dafür im Jahr

2022 zum vierten Mal in Folge als Spitzenreiter ausgezeichnet. In der Bitkom-Studie wurden 81 Städte in Themenbereichen Verwaltung, IT und Kommunikation, Energie und Umwelt, Mobilität sowie Gesellschaft unter die Lupe genommen. Für Anja Quast, bezirkspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hamburg, ist dabei vor allem die Digitalisierung der Verwaltung für Hamburg ein wichtiger Punkt: „Services wie Adressummeldungen oder Terminvergaben in den Bürgerzentren und für Bauanträge sind bereits digital oder werden es in den nächsten Monaten. Viele weitere Angebote werden in den nächsten Jahren dazukommen.“ Vor allem in den Bereichen Bürgerbeteiligung, Open-Data- und Geodatenportal ist Hamburg laut der Bitkom-Studie vorbildlich. Online-Tickets im ÖPNV, autonome Busse in der Hafencity, smarte Ampelschaltungen und viele weitere Anwendungsbereiche bilden die Grundlage dafür, dass Mobilität in Hamburg künftig ganz neu gedacht werden kann.

MOBILITÄT DER ZUKUNFT

Egal wo in Hamburg – jede und jeder soll innerhalb von fünf Minuten ein Mobilitätsangebot finden. Das ist die Idee des Hamburg-Takts, mit dem die SPD Hamburgs öffentlichen Nahverkehr in den nächsten Jahrzehnten grundlegend modernisieren und ausbauen will. Der Wandel hat längst mit einem massiven Angebotsausbau bei Bus und Bahn begonnen. Mit einer angebotsorientierten Fahrplangestaltung wurden gezielt Takte verdichtet, längere Busse und Bahnen eingesetzt, neue Linien eingerichtet und neue Möglichkeiten, wie Quartiers- und Expressbusse, geschaffen. Für Verkehrspolitiker Ole Thorben Buschhüter folgt dies einem klaren Ziel: „2030 sollen alle Hamburger:innen 80 Prozent ihrer Wege komfortabel mit Bus, Bahn, dem Rad oder zu Fuß bewältigen können. Das ist eine ehrgeizige Vision, für die es die passende Infrastruktur und gute Angebote braucht.“ An dieser wird mit Hochdruck gebaut. Mit den neuen Schnellbahnlinien U5, S4, S5 und der Verlängerung der U4 erhalten zukünftig mehr als 300.000 Menschen in Hamburg einen direkten Schnellbahnanschluss. Weitere Planungen für die S6 nach Harburg und in den Hamburger Westen sowie Machbarkeitsstudien für den Sprung über die Elbe mit der weiteren Verlängerung der U4 sind bereits im vollen Gange. Hinzu kommen der Ausbau von Carsharing-Angeboten und sogenannter On-Demand-Shuttles wie MOIA oder hvv hop, der Ausbau des Radwegenetzes und die Modernisierung der Fußwege. „Das macht es möglich, immer mehr Wege ohne eigenes Auto zurückzulegen. Viele sind dennoch darauf angewiesen, fahren gerne Auto. Wir unterstützen daher auch den Umstieg auf klimafreundliche Antriebe, etwa mit mehr E-Ladesäulen in ganz Hamburg.“ Entscheidend für die Attraktivität des ÖPNV ist für Buschhüter, dass sich ihn alle leisten können: „Mit dem Deutschland-Ticket ist der ÖPNV deutlich günstiger geworden. Für knapp 1,60 Euro pro Tag kann der gesamte öffentliche Nahverkehr in Deutschland genutzt werden. Das ist ein Riesenschritt. Die Zukunft der klimafreundlichen Mobilität gehört dem ÖPNV.“



Abbildung: Shutterstock.com/Diego Grandi

2045

will Hamburg **klimaneutral** sein.

400+

Maßnahmen, um den CO₂-Ausstoß in Hamburg in den nächsten Jahrzehnten weiter deutlich zu reduzieren

80%

ihrer Wege sollen die Hamburger:innen 2030 komfortabel mit dem ÖPNV, dem Rad oder zu Fuß bewältigen können



Abbildung: Shutterstock.com/Daniel Froehlich

IN GUTER VERFASSUNG

Seit über 70 Jahren verfügt Hamburg über eine eigene Landesverfassung. Die Präambel der Hamburgischen Verfassung leitet die aktuell 77 Artikel ein – und definiert, wofür Hamburg steht. Hamburg hat diese Präambel jetzt geändert und einige zentrale Anliegen als Staatsziele definiert, für die sich die SPD und viele andere Demokrat:innen in Hamburg seit langem einsetzen. Dies sind Hamburgs neue Staatsziele.

KAMPF GEGEN RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS

Alle Menschen in Hamburg sollen sicher, frei und in Würde zusammenleben können. Dieser Grundsatz hat im Februar 2023 mit einem klaren Bekenntnis den Weg in die Hamburger Verfassung gefunden. Hamburg reagiert damit unter anderem auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung, in der rechte Gedankengut und die Ablehnung von Vielfalt bundesweit mehr und mehr Einzug in die Debatten gefunden haben. Die Hansestadt setzt mit der Verfassungsänderung ein wichtiges Signal: Sie steht auf gegen Rassismus, Antisemitismus sowie jede andere Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

KINDERRECHTE

Die Aufnahme von Kinderrechten verankert die besonderen Schutzbedürfnisse der Jüngsten in unserer Gesellschaft. Sie zu schützen und zu fördern, ist von nun an ein festgeschriebenes Ziel der Freien und Hansestadt. Was ohnehin schon lange Kernanliegen sozialdemokratischer Politik war, gewinnt mit der Erhebung zum Staatsziel noch einmal enorm an Bedeutung: Politik und staatliche Stellen sollen bei ihrer Arbeit stets die Belange der Kinder im Blick behalten, das Kindeswohl schützen und den Kinderschutz stärken.

EIN STARKES EUROPA

Keine Frage: Hamburg ist Metropole und seit jeher Tor zur Welt. Als Hafen- und Industriestandort profitiert unsere Stadt so stark wie kaum eine andere von einem starken und friedlichen Europa. Wie wichtig dies ist, hat das vergangene Jahr mit dem russischen Angriff auf die Ukraine noch einmal deutlich gemacht. Mit einem klaren Bekenntnis zu Europa ist die Präambel nun in weltoffener Manier weiterentwickelt worden. So klar wie nie definiert sich Hamburg damit als weltoffene und europäische Stadt – ein wichtiges Bekenntnis.

EHRENAMT

Weit über eine halbe Million Menschen in Hamburg engagieren sich ehrenamtlich und leisten einen wichtigen Beitrag zu einer vielfältigen und starken Zivilgesellschaft. Sei es im Sport, in Vereinen oder sozialen Projekten, im Umweltschutz oder in vielen anderen Bereichen der Stadt: Ein starkes Ehrenamt ist eine Säule unseres Zusammenlebens. Um diesen Einsatz für das Gemeinwohl zu schützen und zu fördern, ist nun auch das freiwillige Engagement in unserer Verfassung verankert.

GEMEINWOHLORIENTIERTE BODENPOLITIK

Für alle Menschen ausreichend bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, bleibt die entscheidende soziale Herausforderung in den Großstädten und Metropolen Europas. Auch hier übernimmt Hamburg mit dem neuen Staatsziel einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik Verantwortung. Durch Innenentwicklung und mit Ausweisung neuer Flächen soll aktiv und ausreichend bezahlbarer Wohnraum inklusive sozialer und gewerblicher Infrastruktur geschaffen werden. Die Stadt bleibt damit im Bereich der Stadtentwicklung langfristig handlungsfähig und kann der Spekulation mit Grund und Boden entgegenwirken. Damit ist der soziale Wohnungsbau deutlich gestärkt worden – ein Feld, in dem Hamburg bereits jetzt im Ländervergleich weit vorne liegt.

DREIMAL MEHR FÜR DIE PFLEGE

Ein Standpunkt von Claudia Loss, Pflegekraft und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hamburg.

WIR BRAUCHEN MEHR ATTRAKTIVITÄT IM JOB

Pflegebedürftigkeit ist etwas, mit dem sich Menschen nur ungern beschäftigen. Das ist verständlich – doch in einer alternden Gesellschaft sind wir irgendwann alle auf die eine oder andere Art damit konfrontiert. In den nächsten 30 Jahren wird die Zahl der Pflegebedürftigen um 40 Prozent zunehmen. Gleichzeitig fehlen bis 2030 nach Schätzungen des Deutschen Pflegerats eine halbe Million Pflegekräfte. Wer in der Pflege arbeitet, weiß, wie erfüllend die Arbeit mit hilfebedürftigen Menschen sein kann. Doch nicht selten sind die Rahmenbedingungen herausfordernd: Besonders auf einen ausgewogenen Personalschlüssel und eine angemessene Bezahlung kommt es an. Je weniger Menschen in der Pflege arbeiten, umso weniger Zeit bleibt letztlich für die Arbeit am Patienten. Deshalb braucht es weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung und vor allem Vertrauen und Wertschätzung. Aber damit ist es nicht getan. Pflege ist systemrelevant und das muss sich auch in der Vergütung widerspiegeln. Als SPD arbeiten wir dafür, dass sich die Rahmenbedingungen zum Besseren verändern. Seit dem 1. September 2022 gelten Tariflöhne für alle Pflegeberufe. Die Untergrenzen dafür, die von der Pflegemindestlohnkommission bestimmt werden, liegen dabei teilweise deutlich über dem allgemeinen Mindestlohn. Eine Pflegehilfskraft erhält ab Juni 2025 mindestens 16,10 Euro pro Stunde, eine Pflegefachperson mindestens 20,50 Euro. Das ist eines der Ergebnisse der konzertierten Aktion Pflege (KAP), die 2018 auf Bundesebene ins Leben gerufen wurde und die sich auch mit Verbesserungen in den Pflegeberufen beschäftigt.



Abbildung: © Michael Zapf

WIR BRAUCHEN MEHR NACHWUCHS

Es muss uns gelingen, mehr junge Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern, denn hier ist der Trend rückläufig. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Pflege ist im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr bundesweit um sieben Prozent gesunken – eine Situation, die wir nicht hinnehmen können und wollen. Mit dem Pflegeberufegesetz wurde 2020 die Pflegeausbildung reformiert und generalistisch aufgestellt. Auszubildende können jetzt nach einer variablen Ausbildung flexibel entscheiden, ob sie in der Alten- oder Krankenpflege arbeiten möchten. Mit einem Pflegestudium, das an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) absolviert werden kann, sorgen wir in Hamburg für einen zusätzlichen Zugang zum Beruf. Eine Ausbildungsvergütung für Pflegestudierende ist ab 2024 vorgesehen. Außerdem will die SPD-geführte Bundesregierung bis 2025 eine bundeseinheitliche Regelung für die Ausbildung zur Gesundheits- und Pflegeassistenz (GPA) einführen und so eine Vereinheitlichung der Qualitätsstandards erreichen. Dafür haben wir uns auch in Hamburg stark gemacht.

WIR BRAUCHEN MEHR ERFAHRUNG

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz des Bundes wurde 2023 deutlich reformiert. Künftig wird es einfacher sein, dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland für den deutschen Arbeitsmarkt zu begeistern. Eine leichtere Visumsvergabe, vereinfachter Familiennachzug und Flexibilität bei der Wahl des Arbeitgebers machen den Pflegeberuf in Deutschland auch für Nicht-EU-Bürger hochattraktiv. Hier sollten wir als Gesellschaft mutig und bereit sein, dringend benötigte Expertise aus dem Ausland willkommen zu heißen.

Wenn wir den Dreiklang aus Attraktivität, Nachwuchs und Erfahrung beherzigen und die Rahmenbedingungen weiter verbessern, haben wir eine echte Chance den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel gut zu bewältigen. Aber wir müssen sie jetzt nutzen.



08 Zukunftsstadt Hamburg

DIE STADT DER GUTEN ARBEIT

Demographischer Wandel, Digitalisierung, Migration, Klimaschutz – unsere Arbeitswelt verändert sich stetig. Hamburg nutzt Chancen und packt Herausforderungen an, damit die Hansestadt auch in Zukunft die Stadt der guten Arbeit bleibt.

Im vergangenen Herbst war es endlich soweit: Der Mindestlohn von zwölf Euro trat auf Bundesebene in Kraft. Heute liegt er bei 12,41 Euro und zollt rund sechs Millionen Menschen in Deutschland Respekt für ihre Arbeitsleistung. Er bedeutet eine Gehaltserhöhung von bis zu 22 Prozent vor allem für Beschäftigte in den Bereichen der Gastronomie, Reinigung, Einzelhandel, Körperpflege, Floristik, Land- und Tierwirtschaft. Entgegen manch faden-scheiniger Prognosen ist der Mindestlohn kein Arbeitsplatzkiller. Im Gegenteil: Der Mindestlohn stärkt die Kaufkraft um 15 bis 20 Milliarden Euro und gibt der Wirtschaft so einen deutlichen Schub. Er ist ein konkreter, materieller Ausdruck für die Würde und den Wert der Arbeit vieler Menschen, ganz real in Euro und Cent.

DER HAMBURGER MINDESTLOHN

Hamburg ist bei diesem entscheidenden Thema vorgegangen und war dem Bund ein Beispiel: Schon 2012 wurde in der Hansestadt als erstes ein Landesmindestlohn eingeführt und damit die bundesweite Durchsetzung vorangetrieben. Auch bei der Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro war Hamburg Vorreiter – die Untergrenze wurde tariflich in allen städtischen Unternehmen eingezogen. Die Hamburger Bürgermeister, Olaf Scholz und Peter Tschentscher, haben den Mindestlohn versprochen, für ihn gekämpft und ihn eingeführt. „Dabei ist völlig klar, dass der Mindestlohn die untere Haltelinie ist – darunter darf es nicht gehen. Gute Löhne gibt es vor allem dann, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände miteinander Tarifverträge abschließen. Dafür werden wir als SPD weiterhin kämpfen, vor allem mit der Reform der öffentlichen Auftragsvergabe“, betont Jan Koltze, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfrak-

tion. Als die Corona-Pandemie auch den Arbeitsmarkt über Monate in die Krise stürzte, hat Hamburg schnell und stark reagiert: Senat und Bürgerschaft haben ein Sonder-Arbeitsmarktprogramm aufgelegt, das vor allem viele innovative Angebote für Qualifizierung und Weiterbildung enthielt, die von mehr als 20.000 Menschen genutzt wurden. „Weiterbildung und Qualifizierung sind auch in Zukunft der entscheidende Schlüssel für Gute Arbeit und ausreichend Fachkräfte. Deshalb werden wir sie weiter ausbauen“, so Jan Koltze.



„Als SPD kämpfen wir für die Stadt der Guten Arbeit“, erklärt Jan Koltze, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Abbildung: Shutterstock.com/Dave Z

NACHHALTIGKEIT UND TARIFTREUE

„Gute Arbeit“ bedeutet mehr, als nur von seinem Einkommen leben zu können. Es bedeutet auch ein festes, verlässliches Einkommen zu erhalten und unbefristet beschäftigt zu sein. Ein wichtiger Baustein dafür ist die Tarifbindung. Nur die möglichst umfassende Geltung von Tarifverträgen, die zwischen den Sozialpartnern – den großen Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden – ausgehandelt werden, sichert gute Löhne und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten. Um einen starken Impuls für eine höhere Tarifbindung zu setzen, passt Hamburg die Kriterien zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen entsprechend an. Schließlich leistet Hamburgs öffentlicher Sektor mit einer Bilanzsumme von 41 Milliarden Euro nicht nur einen erheblichen wirtschaftlichen Beitrag für unsere Stadt, sondern nimmt auch eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung wahr. „Bei der Auswahl der Vertragspartner wird nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden. Im Rahmen der wettbewerbsrechtlichen Möglichkeiten werden auch soziale, ökologische und andere ethische Kriterien berücksichtigt“, erklärt Iftikhar Malik, Experte der SPD-Fraktion Hamburg für fairen Handel die Reichweite der Reform. So üben Stadt und öffentliche Unternehmen Einfluss auf die Arbeits- und Produktionsbedingungen in Deutschland, Europa und der Welt aus.

GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE AM ARBEITSMARKT

Hamburg ist eine Stadt für alle Menschen. Damit sich die gelebte Diversität auch auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt, muss gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht werden. Um Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren, hat Hamburg bereits 2013 das Budget für Arbeit ins Leben gerufen. Es bietet die Möglichkeit, Menschen mit Behinderung zu fördern. Arbeitgeber, die Personen aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderung beschäftigen, erhalten hohe Lohnkostenzuschüsse. So werden Anreize für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Menschen mit Behinderung im allgemeinen Arbeitsmarkt geschaffen. „Gerade in Bereichen mit einem steigenden Bedarf an Fachkräften, kann das Budget für Arbeitgebende und Arbeitnehmende zusätzliche Chancen bieten. Das gilt etwa für den Kita-Bereich, wo Menschen mit Behinderung den Alltag der Kinder bereichern können und Inklusion gemeinsam gelebt wird“, unterstreicht Regina Jäck, Sprecherin für Menschen mit Behinderung der SPD-Fraktion Hamburg. Damit zukünftig noch mehr Menschen mit Behinderung von dem Budget für Arbeit profitieren können, setzt sich Jäck gemeinsam mit ihrer Fraktion für mehr Informationsangebote ein. So könne noch stärker als bisher auf die Potenziale hingewiesen werden. Auch eine intensivere Beratung von öffentlichen Unternehmen ist in Umsetzung.

Auch Menschen mit Migrationsgeschichte haben es häufig schwer, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Aktuell leben in Hamburg über 3.000 Menschen mit dem Status einer Duldung. Häufig sind Abschiebestopps oder die Situation im Heimatland der Grund dafür, dass sich die Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland für diese Menschen immer wieder verlängert. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist erschwert oder bleibt ihnen bislang häufig gar verwehrt. Das Chancenaufenthaltsgesetz der Bundesregierung schafft hier Abhilfe. Es eröffnet langjährig geduldeten Personen die Perspektive, eine Arbeit aufzunehmen. Für Juliane Timmermann, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, kann das Bundesgesetz ein echter Gewinn für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft sowie den Hamburger Arbeitsmarkt sein. „Das Gesetz ist gerecht, zeitgemäß und ein großer Schritt in die richtige Richtung“, erklärt Timmermann. Damit möglichst viele Menschen die Vorteile des neuen Gesetzes nutzen, will Hamburg frühzeitig und gezielt über die entsprechenden Voraussetzungen für ein reguläres Bleiberecht informieren. Zudem sollen das Hamburg Welcome Center und die Agentur für Arbeit Sprachkurse anbieten und passende Ausbildungsplätze oder Jobs vermitteln, damit die Betroffenen die notwendigen Qualifizierungen fristgerecht erhalten können.

HAMBURG MACHT SCHULE

Gute Bildung braucht gute und moderne Schulgebäude. Bei der größten Schulbauinitiative der letzten Jahrzehnte setzt Hamburg deshalb auf drei Maßnahmen: Sanierung, Erweiterung und Neubau. Wie hoch die Zukunftsinvestitionen sind, zeigt eine Große Anfrage der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Astrid Hennies.

Die Antwort des Senats liest sich beeindruckend: Allein bis Ende 2024 sollen im Schulbau über 160 wesentliche Bauprojekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 900 Millionen Euro fertiggestellt werden. Und weitere Großprojekte stehen schon in den Startlöchern. Bis in die 2030er Jahre hinein wird sich das Schulbauprogramm auf insgesamt rund zehn Milliarden Euro aufsummieren. „Mit den hohen Investitionssummen in den Schulbau sorgen wir für moderne und schöne Lernumgebungen. Gute Schulen brauchen auch eine gute räumliche Ausstattung – daher war es uns so wichtig, den vor 2011 entstandenen Sanierungsstau entschlossen anzugehen,“ so Hennies, die Mitglied im Schulausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft ist. Seit mehr als einem Jahrzehnt ist der Schulbau für den Hamburger Senat ein Schwerpunkt, der sich auf alle Bezirke erstreckt. Und das zahlt sich aus: Das Hamburger Schulbaumodell gilt nicht umsonst bundesweit als Vorreiter. Um der stark steigenden Schüler:innenzahl zügig zu begegnen, wurde das so genannte Hamburger Klassenhaus entwickelt, eine modulare Lösung, mit der Schulen architektonisch ansprechend und gleichzeitig kostengünstig erweitert werden können.

Über 30 solcher Klassenhäuser sind an den Schulen bereits realisiert worden – 17 weitere befinden sich in Planung oder Umsetzung. „Mit dem Hamburger Klassenhaus können wir in kurzer Zeit hochwertige Räume an unseren Schulen bauen, die individuell an die Bedürfnisse der einzelnen Schulen angepasst werden können. Das ist für eine wachsende Stadt wie Hamburg enorm wichtig“, betont Schulpolitikerin Hennies.

44 Schulen sollen in Hamburg laut Schulentwicklungsplan neu gebaut werden. Zehn davon sind bereits gegründet worden, acht weitere werden im kommenden Schuljahr folgen. Hinzu kommen Erweiterungen an mehr als 120 bestehenden Schulen. Für ambitionierte Vorhaben wie den Schulcampus HafenCity sind schon jetzt erste Pläne der Architekten vorhanden. An dieser besonderen Schule wird die Stadt über 88 Millionen Euro investieren. Bei den Bauvorhaben und Sanierungen spielt auch die Nachhaltigkeit eine große Rolle. Für die SPD-Abgeordnete Astrid Hennies ist dies ein wichtiger Aspekt: „Hamburg investiert massiv in den hochwertigen, energieeffizienten und ressourcenschonenden Um- und Neubau seiner Schulgebäude. So machen wir unsere Schulen fit für die Zukunft“. Alle Neubauten werden im besonders Energieeffizienten EG-40-Standard realisiert. Darüber hinaus werden die Nutzung von Fernwärme, Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen zur neuen Norm erhoben. Außerdem erhalten sämtliche Neubauten klimafreundliche Gründächer. Schon jetzt sind auf den Dächern von Hamburgs Schulen rund 110.000 Quadratmeter klimafreundliche Gründächer angelegt.



Die Grundschule Islandstraße in Meiendorf hat es bereits: Das Hamburger Klassenhaus.



„Hamburg investiert massiv in den hochwertigen Um- und Neubau seiner Schulgebäude.“

Astrid Hennies, SPD-Abgeordnete und Mitglied im Schulausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft

SOZIAL, STARK, SCHÖN:

WO HAMBURGS BEZIRKE NOCH ATTRAKTIVER WERDEN



ÖKOLOGISCHE, NACHHALTIGE UND INNOVATIVE STADTENTWICKLUNG IN ALTONA

Der lebendige und vielfältige Hamburger Stadtteil Ottensen wächst kontinuierlich und setzt dabei auf Nachhaltigkeit und Innovation. Das zeigt sich zum Beispiel in der Umwandlung des ehemaligen Vivo-Einkaufszentrums in die neue Stadteilschule Ottensen. Dieses Projekt, von der SPD initiiert, ist in ökologischer und städtebaulicher Hinsicht wegweisend. Denn die Umnutzung des ehemaligen Einkaufszentrums in eine Schule betont den intelligenten Umgang mit Ressourcen und städtischem Raum sowie den Fokus auf Nachhaltigkeit. Das Gebäude, einst als ökologisches Einkaufszentrum gefeiert, wird so vor dem Verfall bewahrt. Die Schule begegnet dem steigenden Bedarf an Schulplätzen in der Region und erfüllt zugleich moderne pädagogische Anforderungen. Das innovative Konzept der Umnutzung anstelle von Neubau vermittelt ein starkes Signal für Nachhaltigkeit und moderne Stadtentwicklung. Dieses Projekt spiegelt Ottensens Dynamik, die Verbindung von Tradition und Moderne sowie Hamburgs Vorreiterrolle in Sachen nachhaltige Stadtentwicklung wider.



Abbildung: Rendering: ©moka-studio, Architektur: ©Behnisch Architekten

HAMBURG-MITTE VERBINDET BEWEGUNG MIT SOZIALEM ZUSAMMENHALT

Das „Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung Mitte machen – Sport, Bewegung und soziale Infrastruktur im Hamburger Osten“ ist ein Förderprogramm des Bundes in Zusammenarbeit mit der hamburgischen Stadtentwicklungspolitik. Hierbei sollen insbesondere Konzepte für das Miteinander von Sport, Freizeit und sozialem Zusammenhalt entwickelt werden. Hamburg-Mitte ist eine von sieben Kommunen in Deutschland, die hierfür Bundesmittel erhalten haben: 140 Millionen Euro werden damit in die soziale Infrastruktur – zum Beispiel Sportanlagen, Bolzplätze, Häuser der Jugend und Spielhäuser – im Osten des Bezirks investiert. Insgesamt wurden 18 Projekte in das Modellvorhaben aufgenommen, die ganz besonders sportliche und soziale Infrastruktur bündeln und dazu beitragen, den Zusammenhalt vor Ort zu stärken.



TASTBARE ORIENTIERUNG FÜR EIN INKLUSIVES EIMSBÜTTEL

Um eine bessere Orientierung für Menschen mit Sehbehinderung oder Blindheit zu ermöglichen, setzt sich die SPD für sogenannte taktile Elemente ein. Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen haben oft Schwierigkeiten in der Stadt zurechtzufinden, da sie nicht alle Informationen auf den gewöhnlichen Wegweisern und Straßenschildern wahrnehmen können. Um diese Barrieren abzubauen, sollen in einem Pilotprojekt im Bezirk Eimsbüttel an Straßen sowie im Umfeld öffentlicher Einrichtungen spezielle Hinweis- und Straßenschilder mit erhabenen Buchstaben oder in Brailleschrift installiert werden, die eine haptische Wahrnehmung ermöglichen. In Zusammenarbeit mit dem Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg e.V. und dem Inklusionsbeirat Eimsbüttel ebnet diese Initiative den Weg für eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können.



Abbildung: Shutterstock.com/New Africa

EINE ANLAUFSTELLE ZUR GESUNDHEITSVORSORGE IN BERGEDORF

Im Juni 2023 wurde das Lohbrügger Gesundheitszentrum (LGZ) in Hamburg eröffnet. Es ist eine Anlaufstelle für Menschen mit Fragen zur Gesundheit und bietet Beratung insbesondere in schwierigen Lebenssituationen. Das interdisziplinäre Team umfasst Krankenpflegekräfte, Sozialpädagog:innen und Sozialberater:innen. Das LGZ kooperiert mit örtlichen Partnern wie Arztpraxen und Pflegediensten. Dieses Projekt ist wegweisend in der Gesundheitsvorsorge in den Quartieren Hamburgs und wird maßgeblich von Seiten der SPD unterstützt. Der Standort Lohbrügge wurde bewusst aufgrund geringer Arztpraxendichte gewählt. Finanziert von der Sozialbehörde, wird das LGZ von der Robert-Bosch-Stiftung begleitet.



NEUE SPIEL- UND MULTIBEWEGUNGSFLÄCHEN FÜR WANDSBEK

Das Projekt „Entwicklung von Multibewegungsflächen und Gestaltung von Spielflächen im wachsenden Quartier Meiendorf“ wird mit rund 1,5 Millionen Euro gefördert. Initiiert durch die SPD entstehen seit Mai 2023 im Stadtteil neue, moderne Spiel- und Multibewegungsflächen, die künftig frei genutzt werden können. Dabei werden nicht nur die Bolzplätze und veraltete Spielflächen saniert, sondern auch gemütliche, konsumfreie Aufenthaltsbereiche für Pausen, Treffen und Erholung geschaffen. Hierbei ist ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass sich Menschen wieder an Orten treffen und begegnen können und die soziale Infrastruktur im Bezirk gestärkt wird.



RETTUNG FÜR DEN „BARMBEKER STRAND“ IN HAMBURG-NORD

Der Kinderspielplatz mit Planschbecken am Biedermannplatz ist einer der ältesten Spielplätze im Bezirk Hamburg-Nord und wird von manchen liebevoll „Barmbeker Strand“ genannt. 2019 musste das Planschbecken komplett geschlossen werden – die veraltete Anlage verunreinigte das Wasser stark und konnte so nicht mehr weiterbetrieben werden. Auf Initiative der SPD begann die Planung für den Umbau des Beckens mit biologisch-technischer Wasseraufbereitungslage und der Umgestaltung der Spielanlagen zu einem inklusiven Spielplatz. In Folge der Energiekrise und der stark steigenden Preise geriet jedoch die Finanzierung in Gefahr. Die SPD hat sich hier maßgeblich dafür eingesetzt, alle politischen Ebenen zusammenzubringen und gemeinsam mit Landesbehörden die Finanzierung für die Modernisierung des historischen Spielplatzes zu sichern.



Abbildung: Shutterstock.com/dx4art

SANIERUNG FÜR DEN SPORT- UND BEWEGUNGSPARK IN HARBURG

Für die Sportanlage Außenmühle im Bezirk Harburg stehen umfassende Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Bereich Bewegungsinseln an. Im Mittelpunkt steht die Umgestaltung des aktuellen Sportplatzes in ein Kunstrasenfeld, ausgestattet mit umweltfreundlichem Quarzsand oder Kork. Diese Neuerung macht die Anlage das ganze Jahr über bespielbar und erhöht somit die Nutzungsdauer für alle Sportbegeisterten signifikant. Zusätzlich findet eine umfangreiche Sanierung der Laufbahn statt, sowie eine Überarbeitung der Weitsprung- und Kugelstoßanlagen und ein neues Basketballfeld mit robustem Kunststoffbelag. Als Ergänzung zur bereits existierenden Bewegungsinsel an der Außenmühle werden zudem mehrere Calisthenics-Stationen eingerichtet. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf der gestalterischen und optischen Öffnung der Sportanlage, um den Zugang für vereinsungebundene Sportler:innen zu erleichtern. Durch diese Maßnahmen wird die Attraktivität der Anlage für die gesamte Gemeinschaft, von Vereinsmitgliedern bis hin zu Freizeitsportler:innen, deutlich gesteigert.

EIN FALL FÜR ZWEI

Wie die SPD-Abgeordneten Ali Simsek und Alexander Mohrenberg im Streit um hohe Heizkosten den E.ON-Deutschlandchef nach Hamburg lotsten und Gutschriften in Höhe von 4,5 Millionen Euro erreichten.

Heizkostenabrechnungen sind nicht selten echte Wundertüten. Denn wie viel Wärme der eigene Haushalt über das Jahr tatsächlich verbraucht hat, dazu haben nur die wenigsten Hamburger:innen ein verlässliches Bauchgefühl. Auch die Menschen aus Hamburg-Lohbrügge haben deshalb einen neugierigen Blick auf ihre Abrechnung geworfen – doch der hielt eine böse Überraschung bereit: Um 150 bis 300 Prozent waren die Heizkosten für das Jahr 2021 im Durchschnitt angestiegen, in einigen Fällen sogar um 400 bis 600 Prozent. In der Spitze forderte der Energiekonzern E.ON, der das zuständige Fernwärme-Holzwerk am Havighorster Weg betreibt, Nachzahlungen von bis zu 2.000 Euro. Gleichzeitig wurden die Abschläge für die betroffenen Haushalte deutlich erhöht. Viele Menschen gerieten an ihre finanzielle Belastungsgrenze.

Wie konnte es dazu kommen? Der Energiekonzern E.ON verwies auf die Preissteigerungen im Energiesektor. Ein Blick auf das Holzwerk am Havighorster Weg (Bild) zeigt, dass die Energie zu 72 Prozent aus Holzabfällen erzeugt wird. Außerdem sind noch Erdgas – zu 22 Prozent – sowie Biomethan und Strom an der Wärmeerzeugung beteiligt. Während sich der Holzpreis im Abrechnungszeitraum verdoppelte, stieg der Einkaufspreis für Gas um das Sechsfache an. Dies sei der Grund für den stark gestiegenen Wärmepreis, der an den Gaspreis gekoppelt ist – so die Argumentation des Energieversorgers. Die Menschen in Lohbrügge wollten es genau wissen und gründeten gemeinsam die Interessengemeinschaft „WIR“.

Auch den Bergedorfer SPD-Abgeordneten Ali Simsek, der selbst in Lohbrügge zu Hause ist, erreichten immer mehr Anfragen von betroffenen Bürger:innen. Zusammen mit seinem Fraktionskollegen Alexander Mohrenberg, ebenfalls aus Bergedorf, schaltete er sich ein und vermittelte ein Gespräch zwischen der Interessengemeinschaft „WIR“ und E.ON. „Es war wichtig, den verantwortlichen Energieversorger nach Hamburg zu bringen“, betont Simsek die Bedeutung der Veranstaltung, an der im Januar 2023 rund 630 Anwohnende teilnahmen. „Wir konnten im direkten Gespräch viele Fragen beantworten. Gleichzeitig ist der Energieversorger im Austausch mit den Bürger:innen aber auch in Erklärungsnot geraten“.

So erklärte E.ON, dass das städtische Wohnungsbaunehmen SAGA Eigentümerin des Heizkraftwerks und auch des entsprechenden Fernwärmenetzes sei. Der Berechnungsmechanismus sei zwischen der SAGA und Betreiber E.ON vertraglich vereinbart worden. Simsek und Mohrenberg blieben auch nach der Veranstaltung mit dem Energieversorger im Gespräch und trugen über eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Hamburger Senat weitere Informationen zur Vertragsgestaltung zusammen. „Das Heizkraftwerk Lohbrügge wird überwiegend mit Schnittgut aus Schleswig-Holstein und nur zu rund 20 Prozent mit Gas betrieben. Es ist damit ein ökologisch gutes Kraftwerk“, stellt Alexander Mohrenberg klar, der auch energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ist. „Wenn wir es jedoch mit



Vermittelten in Lohbrügge: Die SPD-Abgeordneten Alexander Mohrenberg und Ali Simsek.

dem sozialverträglichen Klimaschutz ernst meinen, müssen solche Kraftwerke sich auch für die Bürger:innen lohnen. Sie dürfen nicht zum Einfallstor für horrenden Preissteigerungen werden.“

Aufgrund des großen

Engagements vor Ort schaute E.ON noch einmal in die Verträge und bemerkte, dass eine extra vereinbarte Preisdämpfungsklausel – für den Fall, dass Holz- und Gaspreis sehr stark auseinanderliegen – nicht berücksichtigt worden ist. Im Gespräch mit Simsek sagte der Konzern dem SPD-Abgeordneten schließlich zu, die vertraglich errechnete Ausgleichssumme von rund 3,9 Millionen Euro auszuzahlen und sie aus eigenen Mitteln noch einmal um 600.000 Euro aufzustocken. Damit übernimmt der Energieversorger auch die hohen Netzwärmeverluste, die sich auf 15 Prozent der Wärmeleistung belaufen und nicht bei den Verbraucher:innen ankamen. Der Konzern kündigte zudem kostenlose Energieberatungen und Kulanz bei nicht bezahlten Rechnungen an.

Bei einem Vor-Ort-Termin mit SPD-Fraktionschef Dirk Kienscherf haben die beiden Abgeordneten aus Bergedorf das Kraftwerk noch einmal besichtigt und sich ein Bild über die Situation verschafft. Dabei wurde den Abgeordneten zugesichert, dass bei weiteren Verhandlungen mit der SAGA mögliche Auswirkungen auf die Verbraucher:innen noch stärker im Mittelpunkt stehen sollen. „Den Heizkosten-Schock vom Herbst 2022 werden viele Menschen aus Lohbrügge-Nord so schnell nicht vergessen“, weiß Ali Simsek. „Aber die gemeinsame Hartnäckigkeit von Anwohnenden und Politik hat sich bezahlt gemacht.“

WAS TUN GEGEN RECHTS?

Ein deutsch-iranischer SPD-Politiker trifft auf einen Ex-Nazi. Ein Gespräch über Radikalisierung, Extremismus und Diskriminierungserfahrungen.

Mit Anfang 20 hat sich Philip Schlaffer der gewalttätigen Neonaziszene angeschlossen, eine rechtsradikale Gemeinschaft mitgegründet und war Anführer eines berüchtigten Rocker Clubs in Wismar. Während eines Gefängnisaufenthalts beschloss er sein Leben zu ändern und setzt sich seither im Verein Extremislos e.V. aktiv gegen Hass, Gewalt sowie Fremdenfeindlichkeit ein und klärt über die Gefahren des Rechts-Extremismus auf. Seine ganze Geschichte teilt Philip Schlaffer in seinem Buch „Hass. Macht. Gewalt“ und dem YouTube-Kanal „Ex Rechte Rotlicht Rocker“. Im Hamburger Rathaus traf er sich mit Danial Ilkhanipour, europapolitischer Sprecher und Experte für Antidiskriminierung der SPD-Fraktion Hamburg und Moderatorin Paulina Behrendt zum Podcast-Gespräch.

Danial, du bist in Elmshorn geboren, deine Eltern kommen aus dem Iran. Wie fühlt es sich an, als Deutscher mit ausländischen Wurzeln in Deutschland zu leben?

DANIAL: „Ich habe mich immer sehr wohlbehütet und gut angenommen gefühlt und hatte zum ersten Mal in der Pubertät Begegnungen mit Rechtsextremisten. Das ist dann schon eine unmittelbare Angst. Wenn es im Alltag Konflikte gibt, kann man sich einfach raushalten. Aber plötzlich war die Haarfarbe schon Grund genug, dass ich möglicherweise Ärger habe, wenn ich zur falschen Zeit am falschen Ort bin. Und die Nadelstiche durch Rassismus spürt man ja viel früher. Wenn man mit Freunden zum ersten Mal in die Disco möchte und die ganze Gruppe darf nicht rein – nur aufgrund meiner Hautfarbe. Man fühlt sich plötzlich nicht mehr gleichwertig. Da habe ich gemerkt: Ich gehöre irgendwie nicht dazu, bin Deutscher zweiter Klasse. Ich wollte das nicht akzeptieren und habe angefangen, mich politisch zu engagieren und gegen Rassismus und Faschismus aktiv zu werden. Aber seit dem Aufstieg der AfD habe ich wieder Existenzängste. Alltagsrassismus wird auf der Straße spürbarer. Jeder Demokrat macht sich darüber Sorgen, aber jemand wie ich oder meine Eltern sehen das noch mal aus einem ganz anderen Blickwinkel. Inzwischen sage ich, dass ich mich vor zehn Jahren deutscher gefühlt habe als jetzt.“

Philip, du warst viele Jahre Rechtsextremist, warst in der Szene sehr aktiv. Heute denkst du komplett anders und engagierst dich gegen Rechts. Warum wird man rechtsextrem? Wie rutscht man da rein?

PHILIP: „Also wenn man sagt, man ist so irgendwie reingerutscht oder rein geglitten, dann klingt das schon fast wie eine Ausrede. Also ich habe mich schon ganz bewusst, zumindest als junger Mann davon faszinieren lassen. Ich wollte mich faszinieren lassen. Und Extremismus funktioniert ja. Und das in den unterschiedlichsten Formen. Auch der Rechtsextremismus funktioniert, sonst würde es ihn nicht mehr geben. Also kurzzeitig kann der Rechtsextremismus bei jungen Menschen, so wie es auch bei mir war, etwas befriedigen. Und weil ich auch ein junger Mann war, der auf der Suche war nach Anerkennung, Wertschätzung, Liebe, Gruppe und Freunden, das war so ein Cocktail aus Dingen, die ich gesucht habe. Dinge, die leider meine Eltern und die Schule nicht erkannt haben. Und das wurde bei mir kurzzeitig von Rechtsextremisten befriedigt. Also komm zu uns, hier gibt es Familie, hier gibt es Anerkennung, hier bist du was Besonderes. Denk dran, du gehörst zu den besten Menschen auf der Welt und das macht was mit einem. Die Welt wurde erklärt, was dann ja auch nicht ganz unerheblich ist. Es gibt auch junge Menschen, die sich heute fragen „Warum ist die Welt so?“ Klima,

Konsum, Krieg und all diese Dinge. Und auf einmal haben diese Menschen mir das erklärt und ich habe zu denen aufgeschaut und habe mich zum ersten Mal wahrgenommen gefühlt. Das ist auch die Gefahr bei Extremisten, wenn sie mit jungen Menschen arbeiten. Sie können sie kurzfristig wahrnehmen. Ich sehe dich, ich sehe, ich höre deine Sorgen. Und ja, wir geben mal ganz einfache Antworten.“

Wie lief die Radikalisierung bei dir ab?

PHILIP: Ich habe mich dieser rechtsextremen Szene sehr intensiv hingegeben, bin leider Hooligan bei meinem geliebten HSV geworden und wurde dort Anfang der neunziger Jahre schwer radikalisiert. Ich bin in jungen Jahren in Parteien eingetreten wie der NPD und den Republikanern, bin auf Demonstrationen gefahren, auf Neonazi-Konzerte. Ich bin dann auch massiver Gewalttäter, Intensivstrafäter geworden und habe mich immer weiter radikalisiert. Das funktioniert ja nicht über Nacht. Man schläft nicht schlecht und wacht am nächsten Tag auf und ist gewalttätiger Neonazi. Es war ein Prozess von meinem 15-jährigen Ich hin zu meinem 20-Jährigen, als ich mich dann als Neonazi bezeichnet hatte. Das war eine turbulente Zeit, wo ich das Leben meiner Eltern, vieler meiner Opfer und nicht zuletzt mein Eigenes ruiniert habe.

Also ist das ein Punkt, an dem die Gesellschaft und der Staat etwas hilflos daneben stehen?

DANIAL: Insgesamt ist die rechtsextreme Szene zumindest in Hamburg im Vergleich nicht so stark. Das kommt aber nicht von ungefähr. Wir haben in Hamburg früh erkannt, dass man proaktiv und behördenübergreifend aktiv werden muss. Hamburg war das erste Bundesland mit einer Spezialeinheit nur fürs Internet, wo man geguckt hat, wo Hassnachrichten veröffentlicht werden und man entsprechend vorgegangen ist. Zudem waren wir die Ersten mit einer Hinweisstelle beim LKA und der Innensenator hat sich sehr früh klar positioniert. Wir haben ein eigenes Landesprogramm, bei dem wir Prävention, Repression und Aussteigerprogramme entsprechend fördern. Das ist aber nicht nur eine Frage für die Innenbehörde, also der Repression, sondern der Prävention und auch der Medienkompetenz und somit für die Schulbehörde. All diese Puzzleteile führen dazu, dass wir Menschen davor bewahren, einen Lebensweg wie Philip zu haben.“

PHILIP: Die Polizei war bei mir auf dem rechten Auge nicht blind. Ich hatte über 25 Hausdurchsuchungen, Staatsschutz, LKA, Verfassungsschutz, Kripo alles Mögliche. Aber bei mir hat die Justiz leider ein bisschen versagt. Ich bin wirklich fast 20 Jahre in den unterschiedlichsten Milieus immer Extremist gewesen, habe dort mein Leben verschwendet. Es sind dann auch viele fürchterliche Dinge passiert aus dieser Kameradschaft heraus bis hin zu einem Mord, habe im Gefängnis gesessen. Ich bin in ein sehr tiefes Loch gefallen. In eine Depression auch. Und bin dann über das Gefängnis an eine tolle evangelische Seelsorgerin gekommen, die sich um mich gekümmert hat und einen Psychologen. Ich bin jetzt sechs Jahre aus dem Gefängnis raus und arbeite immer noch an mir. Wenn man 20 Jahre ein Leben gelebt hat mit festen Denkmustern, legt man die nicht ab wie einen Regenmantel. Heute bin ich Deradikalisierungs-Trainer und Anti-Gewalt-Trainer, und versuche in meinem neuen, schönen, spießigen Leben anzukommen. Und ich liebe es in der Demokratie.



Danial Ilkhanipour, europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Hamburg



Philip Schlaffer, Aussteiger aus der rechtsextremen Szene



**KÖNNT'JA
GUT WERDEN**

DER PODCAST UNSERER
ZUKUNFT



Das ganze Gespräch findet sich zum Nachhören im „Könnt ja gut werden“-Podcast der SPD-Fraktion Hamburg. Überall erhältlich, wo es Podcasts gibt.

EINE GERECHTE STADT FÜR ALLE GENERATIONEN

Von der Wiege bis ins hohe Alter: Wer einmal an Alster und Elbe zuhause ist, will nicht wieder weg. Die PAULA zeigt, dass Hamburg in jedem Alter etwas zu bieten hat. In dieser Ausgabe sind die Jüngsten in der Hansestadt an der Reihe.

Ob Bildung, Integration, Klimawandel, Diversität oder Digitalisierung – Die Interessen von Kindern und Jugendlichen betreffen nahezu alle politischen Bereiche. Gerade hier wird deutlich: Politik gestaltet die Zukunft.

FRÜHKINDLICHE FÖRDERUNG UND BETREUUNG SCHAFFT LEBENSCHANCEN

Frühe Bildung und Betreuung schaffen gerechte Bildungs- und Lebenschancen – unabhängig vom sozialen Status der Eltern. Bereits in den Geburtskliniken werden Eltern durch Babylotsen aktiv beraten und unterstützt. Familienteams arbeiten vor Ort in den Stadtteilen. Sie kennen die sozialen Netzwerke und können bei Bedarf weitere Hilfsangebote vermitteln. Mehr als 1.400 Familien pro Jahr erhalten von den Fachkräften der Familienteams eine intensive Einzelfallhilfe und werden in der Schwangerschaft und insbesondere in den ersten ein bis drei Lebensjahren des Kindes längerfristig begleitet. Darüber hinaus gibt es in Hamburg 42 Eltern-Kind-Zentren, die unbürokratische Unterstützung anbieten. Sie beraten Eltern, die vor allem mit dem Kitasystem nicht vertraut sind.

Die Hamburger Kitas spielen die entscheidende Rolle bei der Integration – ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit, denn Kinder, die länger eine Kita besuchen, benötigen bei der Einschulung weniger Sprachförderung als Kinder ohne oder mit nur kurzem Kita-Besuch. Hamburg investiert jährlich über eine Milliarde Euro in die frühkindliche Bildung und Betreuung – Investitionen, die sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht haben. Die Hansestadt ist eines der ersten Bundesländer, das eine kostenfreie Grundbetreuung von fünf Stunden plus Mittagessen in der Kindertagesbetreuung anbietet. Das ist für viele Familien ein großer Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Jedes Kind im Kita-Alter hat in Hamburg einen gesetzlichen Anspruch auf Betreuung. Wie gut das Angebot angenommen wird, zeigt die Betreuungsquote. 97 Prozent aller Kinder ab drei Jahren besuchen in Hamburg eine Kita oder Kindertagesbetreuung.

Nicht nur in die Quote, sondern auch in die Betreuungsqualität wird kräftig investiert. Zwei Förderprogramme stehen dafür exemplarisch: Kita-Plus und Sprach-Kitas. Beide Programme wurden kürzlich verlängert. Dadurch erhalten insbesondere Kindertagesstätten, die stärker mit sozialen oder kulturellen Ungleichheiten konfrontiert sind, zusätzliches Personal und Sprachförderung. Ab 2024 wird Hamburg dann das Beste aus beiden Programmen im neuen Kita-Plus-2.0-Programm zusammenführen. Für Uwe Lohmann, familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sind die Maßnahmen ein wichtiger Schritt, allen Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. „Das bedeutet, Chancengleichheit, Integration und Inklusion zu fördern. Noch nie haben so viele Kinder in Hamburg von Frühkindlicher Bildung und Betreuung profitiert wie heute“, so der Familienpolitiker.

INTERNATIONALE ANERKENNUNG FÜR HAMBURGS SCHULEN

Was in der Kita beginnt, wird auch in Hamburgs Schulen konsequent weiterverfolgt. Am deutlichsten zeigt sich das in den Bildungsausgaben. Die Hansestadt investiert insgesamt beeindruckende vier Milliarden Euro pro Jahr für Kindertagesstätten und Schulen. Das ist etwa ein Viertel des Gesamthaushaltes der Stadt.

Das Ganztagsangebot wurde erheblich erweitert und ist nun von 8 bis 16 Uhr kostenlos verfügbar. Schon jetzt nutzen fast 85 Prozent der Schüler:innen dieses Angebot. Die Nachmittagsangebote werden gezielt ausgebaut, um die schulische Bildung auch nach dem regulären Unterricht zu fördern. Außerdem sollen hamburgweit alle Unterrichtsräume innerhalb der nächsten fünf Jahre Schulen geschütztes WLAN und digitale Tafeln bekommen. Zudem werden rund 50.000 Laptops, Tablets und Mikrocomputer für Schüler:innen und Lehrkräfte beschafft. Bereits im Studium werden angehende Lehrer:innen auf den digitalen Unterricht vorbereitet. Regelmäßige Fortbildungen zu diesem Thema sind garantiert. Diese ehrgeizigen Maßnahmen haben Anerkennung gefunden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) lobt Hamburg für seine Fortschritte: Der Stadtstaat erreicht Spitzenplatzierungen in den Bereichen Internationalisierung, Inputeffizienz, Förderinfrastruktur, Integration, berufliche Bildung und Digitalisierung.

SOZIALE ENTWICKLUNG DURCH SPORT UND OFFENE KINDER UND JUGENDARBEIT

Wichtige Schritte in der kindlichen Entwicklung finden aber nicht nur in Schulen und Kitas statt, sondern auch darüber hinaus. Sei es auf den über 750 Hamburger Spielplätzen oder im Sportverein: Sport macht Freude und verbindet. Die soziale Teilhabe am Sport ermöglicht Gemeinschaft, Integration, Inklusion, individuelle und gesunde Bewegung. Die Nutzung der öffentlichen Sportinfrastruktur bleibt daher weiter gebührenfrei. Einziger Wermutstropfen: Die frühuntergehende Sonne in den Wintermonaten begrenzt die Zeit zum Spielen und Toben. Ein Pilotprojekt soll daher erproben, wie gut beleuchtete Spielplätze zwischen 16 und 20 Uhr angenommen werden. Damit Kinder und Jugendliche in ihren Stadtteilen zentrale Anlaufstellen und verschiedene Freizeitmöglichkeiten haben, investiert die Stadt in die soziale Infrastruktur wie den Häusern der Jugend. Familienpolitiker Lohmann ist von der großen Bedeutung der Einrichtungen für Hamburg überzeugt: „Wir stehen hinter der Arbeit der Träger in der Kinder- und Jugendhilfe und unterstützen ihren wichtigen Beitrag für das gute Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt.“

42

Eltern-Kind-Zentren bieten Familien unbürokratische Hilfe an.

97

Prozent aller Kinder ab drei Jahren besuchen in Hamburg eine Kita oder Kindertagesbetreuung.

1,2

Milliarden Euro investiert Hamburg jährlich in die frühkindliche Bildung und Betreuung.

Paula Karpinskis Jugendherberge auf dem Stintfang

Hamburg ist das Tor zur Welt und lockt mit seinem einzigartigen Flair seit jeher Menschen von rund um den Globus in die Hansestadt. Paula Karpinski, in den 1950er und 1960er Jahren Hamburgs Jugend senatorin und deutschlandweit erste weibliche Politikerin in einem Landeskabinett, engagierte sich Zeit ihres Lebens für die Belange junger Menschen. Sie erkannte früh die Bedeutung einer erschwinglichen und sicheren Übernachtungsmöglichkeit für junge Reisende in Hamburg und setzte sich in den 1950er Jahren mit Leidenschaft für die Gründung einer Jugendherberge am Stintfang ein. Paula Karpinski war so maßgeblich an der Entwicklung der Jugendherberge im Herzen von Hamburg beteiligt. Ihr Engagement erstreckte sich über die Planung, Finanzierung und Realisierung des Projekts. Sie wollte jungen Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten die Möglichkeit geben, die Welt zu erkunden und interkulturellen Austausch zu erleben. Die Jugendherberge am Stintfang öffnete ihre Tore im Jahr 1962 und wurde schnell zu einem beliebten Treff-

punkt für junge Reisende aus aller Welt. Neben einer günstigen Unterkunft bietet die Herberge bis heute die Chance, Freundschaften zu schließen und kulturelle Horizonte zu erweitern. Paula Karpinskis Vermächtnis lebt in der einmaligen Atmosphäre und der weltoffenen Einstellung der Jugendherberge am Stintfang fort. Politik machen für alle Menschen und Haltung zeigen, auch wenn es schwierig ist – das verbindet die SPD-Fraktion Hamburg mit Paula Karpinski. Es ist deshalb kein Zufall, dass diese Zeitung den Namen Paula Karpinskis trägt. Die Grande Dame der Hamburger Sozialdemokratie starb 2005 im Alter von 108 Jahren in ihrer Heimat Hamburg. Ihr Wirken ist bis heute beispielgebend.



Abbildung: DJH-Landesverband Nordmark e.V.



Auf dem Laufenden bleiben mit dem Newsletter der SPD-Fraktion Hamburg.



Alle 14 Tage informiert die SPD-Fraktion per E-Mail über Neues aus der Bürgerschaft. Mit dem QR-Code geht es direkt zur Anmeldung.





Abbildung: Shutterstock/Artfilmphoto

Die 53 Abgeordneten der SPD-Fraktion Hamburg:



Liebe Leserin, lieber Leser,

Politik lebt vom Austausch der Ideen. Wenn Ihnen die Paula gefallen hat oder Sie Fragen, Kritik und Anregungen zu unserer Politik haben, dann schreiben Sie uns unter paula@spd-fraktion-hamburg.de. Die ganze Stadt im Blick zu haben, bleibt unser Anspruch und Versprechen als SPD-Fraktion.

Wir freuen uns auf Ihre Meinung.
Herzlichst, Ihre SPD-Fraktion Hamburg

Jahrgang 2023

Kontakt
SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Hamburger Rathaus · Rathausmarkt 1 · 20095 Hamburg
V.i.S.d.P.: Ole Thorben Buschhüter, SPD-Fraktion Hamburg

Telefon: 040 42831-1325
E-Mail: paula@spd-fraktion-hamburg.de
Web: www.spd-fraktion-hamburg.de